



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 12. November 2020
(OR. en)

12634/2/20
REV 2

LIMITE

CT 95
ENFOPOL 282
COTER 101
JAI 917
COSI 197

VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter
Betr.:	Gemeinsame Erklärung der Innenministerinnen und Innenminister der EU zu den jüngsten Terroranschlägen in Europa

Die Delegationen erhalten in der Anlage die vom AStV gebilligte „Gemeinsame Erklärung der Innenministerinnen und Innenminister der EU zu den jüngsten Terroranschlägen in Europa“.

Gemeinsame Erklärung der Innenministerinnen und Innenminister der EU zu den jüngsten Terroranschlägen in Europa

Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Einigkeit und Solidarität bei der Bekämpfung aller Formen des Terrorismus.

Wir sind zutiefst schockiert über die schrecklichen Terroranschläge, die in den letzten Wochen in Paris, Dresden, Conflans-Saint-Honorine, Nizza, Wien und anderen Orten verübt wurden, und verurteilen diese barbarischen Taten auf das Schärfste. Unsere Gedanken sind in dieser Zeit bei den Opfern, aber auch bei ihren Verwandten und Freunden, denen wir unser tiefstes Mitgefühl und unser Beileid aussprechen. Wir bezeugen auch unsere große Achtung für den österreichischen Polizeibeamten, der in Ausübung seiner Pflichten schwer verletzt wurde. Wir versichern den betroffenen Ländern und ihrer Bevölkerung sowie den Städten, in denen die Anschläge stattfanden, unsere Unterstützung und Solidarität. Wir werden unsere gemeinsamen Anstrengungen zur Terrorismusbekämpfung entschlossen fortsetzen und keinen Schritt von unserem gemeinsamen Glauben an Menschenwürde, Toleranz, Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit, einschließlich der Meinungsfreiheit, abweichen.

Heute [13. November 2020], am fünften Jahrestag der verheerenden Terroranschläge in Paris im Theater „Bataclan“ und vor dem „Stade de France“, sind die Opfer dieser Anschläge ebenso wie alle anderen Terroropfer der letzten Jahre in unseren Gedanken nach wie vor gegenwärtig.

Wir dürfen nicht vergessen, dass Terrorismusopfer die Ziele einer der schwersten Formen des Anschlags auf die Grundprinzipien der Union darstellen. Daher müssen demokratische Gesellschaften im Allgemeinen und die EU-Mitgliedstaaten im Besonderen sicherstellen, dass ihre Bedürfnisse umfassend gedeckt werden, wozu auch der Erlass von Schutz-, Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen gehört.

Die Anschläge, die wir nicht nur in den letzten Wochen erlebt haben, haben gezeigt, wie groß die Bedrohung ist, der wir durch den Terrorismus in all seinen Formen ausgesetzt sind. Nur gemeinsam können wir Terroristen und ihre Unterstützer aufhalten.

Der grenzübergreifende Charakter terroristischer Netze verdeutlicht uns, wie wichtig und notwendig Maßnahmen auf europäischer Ebene sind.

Unsere Freiheit verteidigen, entschlossen handeln

Wir sind entschlossen, Europas Gesellschaften und ihre Menschen zu schützen. Wir werden an unseren gemeinsamen Werten und unserer europäischen Lebensweise festhalten. Wir werden unsere pluralistischen Gesellschaften schützen und weiterhin entschlossen gegen jede Form von Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen ethnischen Herkunft, ihrer religiösen Überzeugung oder anderer Vorurteile vorgehen.

Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um diesen barbarischen Terror mit allen uns zur Verfügung stehenden Instrumenten ganzheitlich zu bekämpfen und dabei alle Garantien im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit sowie der Grundfreiheiten uneingeschränkt zu wahren. Das europäische Fundament wird durch die Geißel des gewaltbereiten Extremismus und Terrorismus nicht erschüttert. Terroristen können ihren Kampf nicht gewinnen. Wir werden uns gegen die drohende Polarisierung stellen.

Europäischer Rahmen für die Terrorismusbekämpfung

In den letzten zwei Jahrzehnten haben wir die Sicherheitsstrukturen und den Rechtsrahmen in den Mitgliedstaaten und auf der Ebene der Europäischen Union kontinuierlich verstärkt. Wir haben die Rolle von Europol, Eurojust¹ und Frontex weiter ausgebaut. Wir haben den Informationsaustausch und die Nutzung europäischer Datenbanken und Informationssysteme verbessert und die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit vertieft. Die Europäische Union hat in jüngster Zeit wirkungsvolle Rechtsinstrumente verabschiedet, beispielsweise in den Bereichen Feuerwaffen², Terrorismusfinanzierung³ und Strafrecht⁴. Zusätzliche Anstrengungen und Mittel sind erforderlich, um die verabschiedeten Rechtsvorschriften vollständig umzusetzen und die bisher getroffenen Vereinbarungen anzuwenden.

Anfang Dezember werden wir auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) umfassende Schlussfolgerungen des Rates zur inneren Sicherheit und zu einer europäischen Polizeipartnerschaft vorlegen. In diesen Schlussfolgerungen wird auch auf die zentrale Frage der Verhinderung von gewaltbarem Extremismus und der Terrorismusbekämpfung eingegangen. Wir unterstreichen auch die Bedeutung des Amtes des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung.

¹ Beispielsweise das Justizielle Terrorismusregister von Eurojust, mit dem der Vergleich der in den einzelnen Mitgliedstaaten durchgeführten Verfahren erleichtert werden soll.

² Richtlinie 2017/853/EU vom 17. Mai 2017 über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen.

³ Richtlinie 2018/1673 vom 23. Oktober 2018 über die strafrechtliche Bekämpfung der Geldwäsche.

⁴ Richtlinie 2017/541 vom 15. März 2017 zur Terrorismusbekämpfung; Verordnung (EU) 2018/1805 vom 14. November 2018 über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen.

Einige Maßnahmen können bereits hervorgehoben werden:

Religionsfreiheit

Europa musste einen steinigen und schmerzhaften Weg durchlaufen, bis es sich den Grundsatz der Religionsfreiheit zu eigen gemacht hat. Gewissens- und Religionsfreiheit bedeutet die Freiheit, sich zu einer Überzeugung oder einer Religion oder keinem von beiden zu bekennen. Wir fordern gegenseitigen Respekt, auch innerhalb der religiösen Gemeinschaften und von Menschen mit säkularen Weltanschauungen. Daher betonen wir unsere Verpflichtung zum Schutz von religiösen Ausdrucksformen in Europa, die friedlich sind und die von unseren Mitgliedstaaten verabschiedeten Gesetze achten. Dies gilt gleichermaßen für alle Religionen. Wir müssen die Menschen in Europa vor der Instrumentalisierung oder Neuausrichtung religiöser Traditionen zu extremistischen Zwecken und vor extremistischen Auslegungen, die zu Gewalt führen, schützen. Extremistischen Bestrebungen, die freie Gesellschaftsordnung zu zerstören, wird mit der uneingeschränkten Kraft und Konsequenz des Rechtsstaates begegnet. Dieser Kampf gegen Extremismus darf jedoch nicht zur Ausgrenzung und Stigmatisierung religiöser Gruppen führen. Unser Kampf gegen den Terrorismus richtet sich nicht gegen bestimmte religiöse oder politische Überzeugungen, sondern gegen den fanatischen und gewalttätigen Extremismus.

Wir fordern die Europäische Kommission auf, Initiativen in der gesamten EU, die darauf abzielen, die Ursachen, Ziele und die Verbreitung extremistischer Ideologien in Europa besser zu verstehen, aktiv zu unterstützen. Wir werden uns bemühen, die vielen verschiedenen Stimmen zu unterstützen, die integraler Bestandteil unserer pluralistischen, offenen und liberalen europäischen Gesellschaften sind, und klarstellen, dass wir es keiner Art von Extremismus gestatten werden, einen Keil zwischen uns zu treiben. Wir sollten uns dafür einsetzen, dass die religiöse Bildung und Ausbildung – die vorzugsweise innerhalb der EU vermittelt werden sollte – mit den europäischen Grundrechten und Werten im Einklang steht.

Sozialer Zusammenhalt

Zugehörigkeitsgefühl und Gleichberechtigung sind von zentraler Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt unserer modernen, pluralistischen und offenen Gesellschaften. Eine erfolgreiche Integration ist in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung. Integration geht immer in zwei Richtungen. Dies bedeutet, dass von Migrantinnen und Migranten erwartet wird, dass sie sich aktiv um ihre Integration bemühen, es gleichzeitig aber auch wichtig ist, sie dabei zu unterstützen. Migrantinnen und Migranten mit einem rechtmäßigen Aufenthaltstitel müssen die Chance bekommen, in allen Bereichen der Gesellschaft teilhaben zu können. Ebenso wichtig ist es aber auch, dass alle im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften die gemeinsamen Regeln und Werte der EU als Grundlage für eine erfolgreiche Integration anerkennen und achten. Verstöße gegen die demokratische Ordnung und die Werte der EU-Mitgliedstaaten oder gegen ihre nationalen Gesetze sollten ungeachtet dessen, was als Motiv hierfür genannt wird, weder heruntergespielt noch toleriert werden. Organisationen, die nicht im Einklang mit den einschlägigen Rechtsvorschriften handeln und Inhalte unterstützen, die im Widerspruch zu den Grundrechten und Grundfreiheiten stehen, sollten weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Außerdem sollte die unerwünschte ausländische Einflussnahme auf nationale zivilgesellschaftliche und religiöse Organisationen über intransparente Finanzierungsstrukturen eingeschränkt werden.

Stärkung der Sicherheit in einem gut funktionierenden Schengen-Raum

Wir sind verpflichtet, so weit wie möglich für die Sicherheit der Menschen in Europa zu sorgen. Es ist wichtig, die Strafverfolgungsbehörden bei ihrer Bekämpfung des Terrorismus mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften über die neuen Datenbanken und die Interoperabilität unserer Datenbanken muss fortgesetzt werden, damit der Schengen-Raum weiterhin und besser funktioniert und unsere Außengrenzen gestärkt werden.

Der Schengen-Besitzstand ist integraler Bestandteil der europäischen Zusammenarbeit und Integration und gewährleistet den freien Personenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten, wobei gleichzeitig für ein hohes Maß an Sicherheit gesorgt wird. Die zuständigen Behörden müssen wissen, wer in den Schengen-Raum einreist und wer innerhalb des Schengen-Raums reist. Wir müssen wirksame Kontrollen an unseren Außengrenzen durchführen, Einreisen in den Schengen-Raum und Ausreisen aus dem Schengen-Raum digital erfassen und enger mit Drittländern zusammenarbeiten, um terroristische Bedrohungen zu bekämpfen. Reisebewegungen von terroristischen oder gewaltbereiten extremistischen Gefährdern sind eine große Herausforderung für die Sicherheitsbehörden. Wie im Vertrag vorgesehen, sind die Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit zuständig. Wir möchten die Optionen für Sicherheitsmaßnahmen im Schengen-Raum sowie Instrumente für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung stärken und weiter ausbauen. Die Mitgliedstaaten werden jedoch weiterhin in der Lage sein, die Wiedereinführung und Verlängerung von vorübergehenden Kontrollen an den Binnengrenzen zu beschließen, falls dies in Ausnahmefällen erforderlich ist.

Ebenso wichtig ist eine deutliche Intensivierung der Beziehungen zu Drittländern, insbesondere im Hinblick auf die Abschiebung von Straftätern und terroristischen oder gewaltbereiten extremistischen Gefährdern. Wir fordern die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, eine reibungslosere Abschiebung stärker zu unterstützen.

Gewährleistung von Sicherheit

Wir begrüßen die Initiative einer europäischen Polizeipartnerschaft und werden unsere Polizeiarbeit im Geiste dieser Partnerschaft intensivieren. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Polizeibeamte in Europa Zugang zu den Informationen haben, die sie für ihre Arbeit benötigen, wobei sie stets die Grundrechte uneingeschränkt achten müssen. Die bestehenden Instrumente müssen konsequenter angewendet werden, damit vorhandenes Wissen besser genutzt werden kann und neue Vorgehensweisen wie künstliche Intelligenz für die Polizeiarbeit genutzt werden können. Wir unterstreichen die Bedeutung von Vorratsspeicherung, Erhebung, Austausch und Analyse von Daten, stets unter Achtung der Grundrechte und der maßgeblichen Rechtsprechung.

Der Zugang zu digitalen Informationen wird immer wichtiger – unabhängig davon, ob es sich um Verkehrsdaten oder in einigen Fällen um Inhaltsdaten handelt – und die Mobilität dieser Daten erfordert wirksame grenzüberschreitende Instrumente, da Terrornetze sonst in vielen Fällen den Ermittlungsbehörden einen Schritt voraus sein werden. Der Zugang der zuständigen Behörden zu digitalen Informationen, der für die Verhinderung und Unterbindung terroristischer Handlungen unerlässlich ist, muss – unter Achtung der Grundrechte – sichergestellt und gefördert werden; insbesondere müssen die laufenden Arbeiten zum grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln abgeschlossen und das weitere Vorgehen im Hinblick auf die Vorratsdatenspeicherung zu Zwecken der Kriminalitätsbekämpfung beschlossen werden.

Ausgehend von der gemeinsamen Erklärung der Innenministerinnen und Innenminister der EU vom 21. Oktober 2020 zur Zukunft von Europol ersuchen wir die Kommission, einen Vorschlag zur Überarbeitung des Mandats von Europol mit einer soliden Rechtsgrundlage für den Umgang mit großen Datensätzen vorzulegen. Europol und insbesondere sein Europäisches Zentrum zur Terrorismusbekämpfung (ECTC) sind von grundlegender Bedeutung für die wirksame Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Verhütung und Verfolgung terroristischer Straftaten und müssen gestärkt werden. Gleichzeitig muss Europol mit ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden. Wir wollen auch die Zusammenarbeit zwischen den Spezialeinheiten der EU-Mitgliedstaaten weiter ausbauen, z. B. im Rahmen des Atlas-Verbundes. Darüber hinaus wollen wir generell den grenzüberschreitenden Einsatz von Polizeibeamten auf der Grundlage des gegenseitigen Einverständnisses erleichtern.

Verhinderung der Radikalisierung – online und offline

Wir wollen systematische Maßnahmen ergreifen, um eine Radikalisierung in Europa zu verhindern. Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, um jede Art von extremistischer Propaganda, das Predigen von Gewalt und die Finanzierung von Hetze und gewaltbareitem Extremismus zu verhindern. Dies ist ein gemeinsames europäisches Anliegen, das in unseren gemeinsamen diplomatischen Beziehungen zu Drittländern außerhalb der Europäischen Union zum Ausdruck kommt. Die Dialoge zu diesen Themen genießen Vorrang. Wir benötigen wirksamere Maßnahmen zur Bewältigung der Gefahren im Zusammenhang mit der Radikalisierung in Gefängnissen, die zu gewaltbareitem Extremismus und Terrorismus führt, und mit der Entlassung radikalisierten und wegen Terrorismus verurteilter Personen aus der Haft.

Der islamistische Anschlag auf einen Lehrer in Frankreich zeigt erneut, wie wichtig es ist, illegale Online-Inhalte, terroristische Propaganda, Hetze und Desinformation zu bekämpfen. Ganz allgemein sind soziale Medien und andere Anbieter von Hostingdiensten dafür zuständig, unter uneingeschränkter Wahrung der Grundrechte, einschließlich des Rechts auf freie Meinungsäußerung und des Rechts auf Privatsphäre, sicherzustellen, dass ihre Dienste nicht für illegale Tätigkeiten genutzt werden, mit denen Kriminalität, Terrorismus oder Hetze gefördert werden. Wir streben daher den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen über die Verordnung zu terroristischen Online-Inhalten bis zum Jahresende an und halten an unserem obersten Ziel fest, ein neues und wirksames operatives Instrument für die grenzüberschreitende Beseitigung terroristischer Inhalte zu schaffen. Zweck der Verordnung ist es, die Erteilung von Entfernungsanordnungen mit grenzüberschreitender Wirkung zu ermöglichen, um ein neues, schnelles und wirksames Instrument zu schaffen, mit dem terroristische Online-Inhalte innerhalb einer Stunde oder weniger nach der Meldung entfernt werden können, wobei gleichzeitig wirksame Garantien zum Schutz der Grundrechte beibehalten werden.

Angesichts der Bedeutung der Radikalisierung im Internet sollten Online-Spiele und algorithmische Verstärkung in die Arbeit des EU-Internetforums einbezogen werden.

Wir fordern die Kommission ferner auf, ein ehrgeiziges Gesetz über digitale Dienste vorzulegen, mit dem eine stärkere Haftung von Internetunternehmen bei der Bekämpfung illegaler Inhalte und ihrer Verstärkung, neue Sanktionen und andere angemessene Maßnahmen eingeführt werden sollen. In dieser neuen Verordnung sollten geeignete Anforderungen an das Entfernen illegaler Inhalte festgelegt werden, wobei die Grundrechte, einschließlich der freien Meinungsäußerung und der Meinungsfreiheit, zu achten sind.

Wir werden auch mit Interesse den angekündigten Vorschlag der Kommission prüfen, mit dem Hetze, Hassverbrechen und Aufstachelung zu Straftaten erklärt werden sollen, die im EU-Recht vorgesehen und geregelt werden.

Der Rat muss sich außerdem mit der Frage der Datenverschlüsselung befassen, damit digitale Beweismittel von den zuständigen Behörden rechtmäßig erhoben und genutzt werden können, wobei die Vertrauenswürdigkeit der auf Verschlüsselungstechnologie basierenden Produkte und Dienste gewahrt werden muss.

Die angekündigte Überprüfung des Rahmens für den Datenaustausch bei grenzüberschreitender Kriminalität in Fällen von Terrorismus ist auch für die weitere Vertiefung unserer Zusammenarbeit in diesem Bereich von Bedeutung.

Austausch von Informationen über terroristische oder gewaltbereite extremistische Gefährder

In den letzten Jahren handelte es sich bei zahlreichen Terroristen um Personen, die den zuständigen Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten bereits vor deren terroristischen Straftaten bekannt waren, und die als terroristische oder andere gewaltbereite extremistische Gefährder eingestuft worden waren. In einem Europa offener Binnengrenzen und eines grenzenlosen Internets müssen wir der Gefahr Rechnung tragen, die solche Personen auch für andere Mitgliedstaaten darstellen. Daher müssen wir unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten sowie der nationalen Rechtssysteme und des Unionsrechts die für den Informationsaustausch vorhandenen Instrumente in vollem Umfang nutzen und die Verordnung für die Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen zügig umsetzen, damit auch Identitätsbetrug aufgedeckt werden kann. Wir müssen sicherstellen, dass die Informationen über diese Personen im Einklang mit den entsprechenden Rechtsvorschriften in die einschlägigen Datenbanken und Informationssysteme der EU eingegeben werden. Darüber hinaus müssen wir unser gegenseitiges Verständnis davon, was es in der Praxis bedeutet, wenn ein Mitgliedstaat eine Person als terroristischen oder gewaltbereiten extremistischen Gefährder einstuft, ständig verbessern.

Ausländische terroristische Kämpfer

Unsere zuständigen Behörden müssen stets bestrebt sein, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um zu verhindern, dass – oft kampferprobte – ausländische terroristische Kämpfer unentdeckt in den Schengen-Raum einreisen. Hierbei spielt es keine Rolle, ob sie Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaats sind oder nicht. Wir sind daher nach wie vor entschlossen, den Schutz der Außengrenzen zu verstärken und bei allen Personen systematische Kontrollen durchzuführen. Dies ist eine Grundvoraussetzung für einen Raum des freien Personenverkehrs. Hierfür ist die systematische Nutzung aller einschlägigen Funktionen des Schengener Informationssystems (SIS) von entscheidender Bedeutung. Wir werden außerdem darauf hinarbeiten, dass die Fähigkeit des SIS zur Durchführung biometrischer Kontrollen verbessert wird, indem auch ex-ante – vor der Ankunft – mehr biometrische Daten in das SIS eingegeben werden.

Wir streben ein Verfahren an, an dem auch Europol beteiligt ist, damit die von Drittstaaten übermittelten relevanten Informationen überprüft und analysiert und – soweit dies rechtlich möglich ist – von den zuständigen nationalen Behörden in das SIS eingegeben werden.

Die neue Architektur für EU-Informationssysteme

Die Umsetzung neuer, bereits geplanter Instrumente (ETIAS, EES) muss konsequent abgeschlossen und – insbesondere dort, wo der Bedarf bereits festgestellt wurde – durch zusätzliche Rechtsakte ergänzt werden (Abschluss des Trilogs zum VIS, erforderliche Folgeänderungen an ETIAS, Vorlage von Verordnungsvorschlägen für den Prümmer Vertrag und für vorab übermittelte Fluggastdaten (API)). Eine notwendige Voraussetzung für die neue Architektur für EU-Informationssysteme ist, dass die Endnutzer in allen Mitgliedstaaten diese Systeme umfassend nutzen und hochwertige Daten in sie eingeben.

Schutz des öffentlichen Raums

Wir unterstreichen die Bedeutung der bestehenden Maßnahmen und Initiativen für einen besseren Schutz des öffentlichen Raums, einschließlich der Kultstätten aller Glaubensrichtungen, und empfehlen, diese Bemühungen fortzuführen. Wie von der Europäischen Kommission in der EU-Strategie für eine Sicherheitsunion dargelegt, sollten diese Orte einen besseren physischen Schutz erhalten, ohne dass die betroffenen Menschen in ihren Menschenrechten und Grundfreiheiten eingeschränkt werden. Darüber hinaus sollten aus den regionalen Fonds der EU für Stadtentwicklung zusätzliche Finanzmittel mobilisiert werden.

Auch in schwierigen Zeiten wird Europa bei der Terrorismusbekämpfung an einem Strang ziehen.
